

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Herausgeber: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbeck, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. Kannfuß & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Herausgegeben für Inserate 1587, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsvorleser Seite 881.

Beispielpreis: Biertäglich einschl. Zustellung 4.50 M., monatlich 1.50 M. Beim Abholen vom Verlag und den Zeitgeboten  
biertäglich 4.20 M., monatlich 1.40 M. Bei den Postanstalten vierfach, 4.50 M., monatlich 1.50 M. ohne Sack, idem. Einzelne  
Nummern 15 Pf. — Einzelgegebühr: die Tageszeitung 15 Pf., im Heftauszettel 1.25 M., Zeitungsvorleser  
Beil 20 Pf. Einzelgegebühr abweichen, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postleitzettel: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 63.

Magdeburg, Sonnabend den 15. März 1919.

30. Jahrgang.

## Das neue Preußen.

Mit einer erheblichen Verspätung, die durch den Berliner Generalstreik verschuldet ist, trat die preußische Landesverfassung am 18. März zusammen. Am 13. März 1849 begann in Wien die deutsche Revolution, die den Grundsatz staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verkündete, die schwarzrotgoldene Trikolore über ganz Deutschland aufzulanzte und auch Preußen das allgemeine, gleiche Wahlrecht brachte. Die Gegenrevolution hat diese Märzrevolution begraben, das schändliche aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlrecht, wurde eingeführt, und erst Anfang der sechziger Jahre ging ein erstes Leuchten der revolutionären sozialistischen Demokratie über Deutschland in dem klassischen Propagandafeldzug Ferdinand Lassalles: „Das allgemeine Wahlrecht ist das Zeichen, das Sie aufrichten müssen, das allgemeine Wahlrecht ist das

Zeichen, in dem Sie siegen werden. Es gibt kein andres für Sie!“

Erst über das deutsche Kaiserreich und seinen Sturz im Krieg ist Preußen jetzt zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gekommen. Mit Jubel hätte die Arbeiterklasse in gefundenen Tagen den Zusammentritt einer wahren Volksvertretung begrüßt. Wenn heute das Preußen-Parlament des gleichen Wahlrechts erst zusammentreten sollte, so wird es eine militärische Gewalt gegenüber republikanischen Arbeitern und dem kleinen Bürgertum schwaffen, so ist das ein erschütternd deutliches Zeichen dafür, daß ein Teil unserer Klasse

in seiner Seele frant

ist. Ferdinand Lassalle hätte es sich wohl nicht träumen lassen, daß sich der Verwirklichung seines Ziels Proletarier gewaltig entgegenstellen könnten und daß man diese gar als die „wahren und echten Revolutionäre“ hinstellen könnte. Hat doch gerade er am Beispiel des Bauernkriegs bewiesen, welcher Unterschied zwischen einer gewaltamalen Bewegung und einer wirklichen revolutionären besteht.

Das Preußen-Parlament des gleichen Wahlrechts wird also nun wohl tagen können, und es wird nicht das Schicksal zu befürchten brauchen, daß der bayerischen Volksvertretung gleich der russischen Konstituante widerfahren ist. Seine Lage wird kurz sein, denn es wird sich in ihr nur darum handeln, die ersten Gründlagen eines verfassungsmäßigen Lebens in Preußen zu schaffen, die bisher noch fehlen. Nach den Verfassungsgrundlagen der deutschen Gesamtrepublik soll jeder Freistaat eine Regierung besitzen, die sich auf das Vertrauen einer gewählten Volksvertretung des gleichen Wahlrechts stützt. Eine solche Regierung ist in Preußen noch nicht vorhanden, und sie zu schaffen, wird die erste Aufgabe der preußischen Landesversammlung sein.

Die große Schiffsfrage

aber, was aus Preußen im neuen Deutschland werden soll, wird in der ersten kurzen Tagung der preußischen Landesversammlung noch nicht entschieden werden, und es wird auch ein hoffnungsloses Beginnen sein, ihr durch Beteuerungen und Verwahrungen vorgreifen zu wollen. Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen und sagen, sie könnte auch nicht durch Verfassungsbeschlüsse entschieden werden, sofern sich diese Beschlüsse im Widerspruch zu notwendigen Entwicklungstendenzen befinden. Preußen wird vermutlich nicht zerstören werden, es braucht wohl auch nicht zerstören zu werden, aber sein Gefüge wird sich lockern und seine Teile werden aufgehen im Deutschen Reich.

Das wirtschaftliche Rückgrat des alten Preußens bildeten die Eisenbahnen und der Bergbau. Wenn ein einheitliches Reichsverkehrswesen geschaffen wird und das Reich die Bewirtschaftung der mineralischen Uroproduktion übernimmt — und beides ist unabdingliche Notwendigkeit —, dann ist Preußen nicht mehr was es war. Es muß seine höchsten staatswirtschaftlichen Funktionen an eine höhere Einheit abgeben und geht schon dadurch mit seinem wirtschaftlichen Wesen im Reich auf.

Das politische Rückgrat des alten Preußens bildete aber die

konservative Junkerherrschaft,

deren reaktionärer Zentralismus alle Provinzen von Rheinland bis Ostpreußen mit einem gleichartigen Netz der Verwaltung umspannte. Ein solcher Zentralismus ist im neuen Preußen nicht möglich, das Recht demokratischer Selbstver-

waltung kann den einzelnen Provinzen nicht vorbehalten bleiben. So wird der geographische Begriff Preußen mit der Zeit seinen staatsrechtlichen Inhalt verlieren, ob man will oder nicht.

Es kommt nicht darauf an, historisch-politische Individualitäten zu erhalten, sondern darauf, daß das ganze deutsche Volk die staatlichen Formen gewinne, durch die es zu einer höheren Wirtschaftsordnung emporgelangen und innerhalb derselben sich als freie Kulturgemeinschaft betätigen kann. Wenn Preußen an der Freiheit sterben sollte, wird Deutschland in ihr leben.

Die Eröffnung des neuen Parlaments ist unter den schon üblich gewordenen Formen vor sich gegangen. Wir fügen hier an, indem wir auf ihn verweisen, den Bericht über die

### Eröffnungssitzung:

Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen. Die Absperrung wird streng gehandhabt.

Um 2½ Uhr betreten die Mitglieder der bisherigen Regierung den Saal.

### Ministerpräsident Hirsch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In ernster Zeit haben Sie sich zu schwerer Arbeit im Dienste unseres geliebten Vaterlandes und unseres schwer geprüften Volkes zusammengefunden. Namens der vorläufigen Regierung heiße ich Sie herzlich willkommen. Die verfassunggebende Landesversammlung ist ein Sinnbild der

### neuen politischen Umwälzung

und steht in das demokratische Altertum gegenüber. Die Macht der Welt wird insbesondere sein, die großen demokratischen Errungenschaften der Revolution zurück zu machen. (Lachen rechts.) Seit dem Dreiklassenwahlrecht sind der Klassenstaat und die Klassenherrschaft zusammengedrückt, um der Herrschaft des Volkes Platz zu machen, das seine Ketten zersprengt hat und entschlossen ist, selbst sein Geschick in die Hand zu nehmen. (Rufe b. d. Unabh.: Standrecht! Handgranaten! Lichtenberg!) Das alte Preußen ist für immer dahin.

Die vorläufige Regierung hat Ihnen noch besten Kräften zurarbeitet. Mögen Sie, getragen vom Vertrauen des Volkes, unbekürt durch verbrecherischen Terror

auf der einen, durch reaktionäre Gewalt auf der andern Seite den richtigen Weg finden. Aus Pflichtgefühl, nicht aus persönlichen Ehrgeiz haben wir bei dem allgemeinen Zusammenbruch die Staatsgeschäfte in die Hand genommen. Diesen Zusammenbruch haben nicht zuletzt die alten Machtahaber Preußen mitverschuldet durch Festhalten an dem elenden aller Wahlrecht. Mit verzweifelter Krankenflucht haben wir genug genommen, unser Volk aus der Tiefe des Zusammenbruchs wieder herauszuarbeiten an den Eingang zu einem neuen Aufstieg.

Unter dem Drude des siegreichen Feindes wurden wir leider gezwungen, weite preußische Gebiete, darunter Fernreutschland und der Provinz Posen den Polen preiszugeben. Der Mangel an Eisenbahnmateriel brachte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und Lebensmitteln zum Stoden, und dazu kamen die wilden Streitbewegungen. Eine gewalttätige verbrecherische Minorität (Rufe b. d. Unabh.: Lichtenberg!) bedrohte die Sicherheit des Staates. Die Arbeiter- und Soldatenträte haben uns vielfach wertvolle Hilfe geleistet, aber ihre Zusammenarbeit mit den alten Organen des Staates schuf unzählige Neubildungen aller Art, und wir haben unser Bestes getan, diese neuen Gebilde wenigstens einigermaßen organisch in unser öffentliches Leben einzuführen. (Rufe b. d. Unabh.: Auszuschalten!)

Die Lage der Regierung war wahrhaftig niemals leicht, mir Pflichtgefühl hielt uns im Dienste des Volkes an unserem Platz. Mit Gemütsregung begrüßen wir den Tag, an dem die Verantwortung von uns auf Sie übergegangen ist. An Ihnen ist es nun,

dem freien Preußen die dauernde neue Staatsform zu geben. Sie sollen Preußen aus einem der politisch rückständigsten zum freiheitlichsten und vorgesetztesten Staat der Welt machen. Große Aufgaben auf dem Gebiet der Verwaltung, des Verkehrs und des Steuerwesens, der Wohnungsförderung, der öffentlichen Gesundheitspflege, des Unterrichts- und Erziehungswoesens liegen Ihnen bevor.

Wir kennen keinen preußischen Partizipativen. Preußen ist bereit, aufzugehen im Reich. In der Republik der politisch geistigen Nation, im deutschen Einheitsstaat. (Beifall.) Hören die Gliedstaaten auf, dann könnte das ganze Reich nach Zweckmäßigkeits in neue Verwaltungsbereiche eingeteilt werden. (Beifall.) Über der Republik unseres Freiheitsstaates liegt die Regelung Preußens in leistungsfähige Zwergrepubliken. (Beifall.) Diese Aufteilung wäre für unsere Wirtschaft, unser Verkehrs und unsere Kulturspflege gleich verhängnisvoll. Solange die deutschen Staaten und Deutschösterreich, dem wir zu seinem bevorstehenden Eintritt in die großerdeutsche Republik unsern herzlichsten Brudergruß fürsprechen (Beifall), selbständige Gliedstaaten bilden, solange muß auch Preußen als einheitlicher Gliedstaat bestehen bleiben. Doch wissen wir nicht, welche Befugnisse in Zukunft die einzelnen Gliedstaaten besaßen werden. Gern und freudig bringen wir jedes Opfer im Interesse der Reichseinheit. (Beifall.)

Die verfassunggebende Landesversammlung wird nicht all die großen schwierigen Aufgaben lösen können, wohl aber wird sie die Methoden zu ihrer Lösung festlegen haben. Große und schwere Arbeit kostet ihrer. Preußen besitzt Eigenschaften,

Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das neue Deutschland zum Wiederaufbau. Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue Preußen! (Beifall)

In den Dienst des jungen preußischen Volksstaates wollen Sie Ihre ganze Kraft stellen. Zu diesem Werke wünscht Ihnen die provisorische Regierung Glück und vollen Erfolg. (Beifall) Erfolg und Handelnsachen. Abg. Adolf Hoffmann: Die Volksbank hören wir wohl!

Hierauf eröffnet Misterspräsident Herold (Btr.) die erste Sitzung der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und richtet an diese eine Begrüßungssprache, in der er hofft,

In schwerer, sorgenreicher Zeit tritt die Landesversammlung zusammen. Nach mehr als 4jährigem ruhmvoll geführten Seine müssen wir schließlich doch gegenüber der Uebermacht der eingangs Welt unterliegen und uns einen Waffenstillstand mit so harten Bedingungen unterwerfen, wie sie niemals im Laufe des Jahrhunderts einem großen, bedeutendsten Volke auferlegt worden sind. (Sehr wahr!) Dann treten die Unruhen und Unwidrigkeiten im Innern hinzu, welche von neuem grohe Verluste an Gut und Blut im Gefolge haben.

Das alte Preußen mit seiner ruhmreichen Geschichte ist aufgebrochen. Jetzt soll ein neues Preußen in neuen Rahmen erscheinen. Zahlreiche Volksentbehrung sind erfreut über die Veränderung der Verhältnisse. Andre trennen sich in treuer Einigkeit nur mit Wehmut von den alten Einrichtungen, überwältigt alle Mitglieder der Landesversammlung stellen sich auf den Boden der vollendeten Tatfachen. Alle erkennen die Landesversammlung als die höchste souveräne gesetzgebende Gewalt in Preußen an. Eine große verantwortungsvolle Würde von historischer Bedeutung hat die Landesversammlung zu erfüllen. Eine neue freiheitliche Verfassung soll sie erfüllen. Möge es so geschehen!

Der Misterspräsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittag um 2 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung

des früheren Geschäftsortordnung, welche von der Versammlung auch hierfür als bindend anerkannt werden, zu Schriftführern Frau Gertrud Hanno und die Abg. Specht (Frankfurt) und Graf Unland.

Es sind bereits 840 Mitglieder angemeldet, die Bekleidungsfähigkeit des Hauses steht demnach fest. Zur Beratung gelangt nunmehr der Antrag Herold und Genossen auf Annahme einer vorläufigen Geschäftsortordnung. Der Antrag übernimmt die meisten Bestimmungen der für das frühere Abgeordnetenhaus in Gelung gewesenen Geschäftsortordnung, schlägt aber einige Änderungen vor. Die Führer der Parteien haben sich einstimmig auf den Boden des Antrags gestellt, wünschen aber einige weitere Änderungen hinzuzufügen. Begegnen soll der § 64, Bestimmungen über den Ausschluß von Mitgliedern aus den Sitzungen; herabgesetzt werden soll die bisherige Unterstützungsstrafe für Abträge usw. von 50 bzw. 30 auf durchweg 15 Mitglieder. Für die endgültige Fassung der Geschäftsortordnung wird die Einsetzung einer besondern Kommission vorbehalten.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen nachmittag um 2 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. Beratung eines weiteren Antrags zur Geschäftsortordnung, 2. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und Schriftführer, 3. erste, zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs wegen vorläufiger Ordnung der Staatsgewalt.

Zur Geschäftsortordnung bemerkt Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.): Ich beantrage, als vierten Punkt unsern Antrag auf

### Aushebung des Standrechts

und des Belagerungszustandes auf die morgende Tagesordnung zu legen. Ich bin das namens meiner Fraktion und trotz dem Lachen, welches auf der rechten Seite bei Verlesung des Antrags erfuhr. Wenn die Herren die letzten Tage und Nächte in Berlin Ost und Nord erlebt hätten, würde ihnen das Lachen auf den Lippen erstarben sein, wenn sie erlebt hätten, wieviel Unschuld dort dem Standrecht zum Opfer gefallen sind. (Sturm. Zurufe b. d. Soz.: Ihre Schul!) Es spielen sich dort Dinge ab, die ein Schauspiel in der Geschichte sind. (Erneute stürmische Zurufe bei der Mehrheit: Ihre Schul!) Alle Juristen sind sich darüber einig, daß das Standrecht ungeeignet war. Wenn Sie ein Gefühl für Benachteiligung haben, nehmen Sie unseren Antrag an. (Betr. b. d. Unabh. Soz. Zuruf: Die Regierung schweigt!)

Abg. Leinert (Soz.): Es wird sehr zweckmäßig sein, diesen Antrag zu verhandeln, um dem Volke drauf zu zeigen, was die Vorgänge in Berlin nicht hinreichend unterrichtet ist, zu zeigen, wie die Schuld an diesen Dingen trägt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wird sehr heilsam für unser ganzes Volk wirken, wenn restlos aufgehäuft wird, wer die Schuldigen sind. (Sehr wahr!) Wir werden daher für den Antrag Hoffmann stimmen.

Ministerpräsident Hirsch: Abg. Hoffmann hat seine Bewunderung ausgesprochen, daß der Justizminister an der Frage nicht Stellung nimmt. Wenn es sich um die materielle Beratung des Antrags handeln wird, wird sich die Regierung selbstverständlich dazu äußern. Im übrigen haben wir keinen Antrag, um im rein geschäftlichen Angelegenheiten des Hauses einzutreten. Von unserer Seite würde dem nichts entgegenstehen, wenn der Antrag noch in dieser Stunde beraten würde.

Nach weiterer Geschäftsortordnungsdebatte, in der für die Demokraten Dr. Friedenberg, für die Deutschnationalen Hergt und für das Zentrum Dr. Borsig die Einberufung mit dem Antrag Hoffmann erörtert, wird die Tagesordnung für die morgige Sitzung, die um 2 Uhr beginnt, in entsprechender Weise ergangt.

## **Streitdrohung der Landwirte.**

In der Ernährungsdebatte in Weimar hat der Reichsernährungsminister Genosse Robert Schmidt gesagt:

„Der Streit der städtischen Arbeiter ist jetzt ein Verbrechen an der Nation, aber kein geingeres Verbrechen ist es, wenn der Landwirt es sagt wird: Ich kann auch streiken. Das sind die Spartakusse im Bunde der Landwirte.“

Das Organ des Bundes der Landwirte beschäftigt sich ausführlich mit dieser Neuherierung, um den Nachweis zu führen, daß der Bund zwar nicht zum Streik auffordere, dieser aber vielleicht doch kommen könnte. Es sagt:

„Es kann vielleicht einmal ein Tag kommen, wo der Landwirt zur Selbstverteidigung greift, und man soll diese Möglichkeit, die fürglich bei der Versammlung des Bundes der Landwirte angedeutet worden ist, nicht so gräßlich und hässlich falsch verstehen, wie das der Reichsernährungsminister Schmidt gestern getan hat, als er den Führer des Bundes der Landwirte, Herrn Dr. Roeske, bezwegen bei seiner Rede apostrophierte und ihn gewissermaßen mit einer derartigen Streitandrohung in Zusammenhang brachte. Die großen landwirtschaftlichen Organisationen, wie der Bund der Landwirte, haben alles an ihrem Leibe getan, ihre Mitglieder zu bewegen, die Härte der Zeit, so ungerecht sie auch sein möge, im allgemeinen Vollständigkeit zu ertragen. Aber genau so, wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder aus der Hand verloren haben, kann es auch eines Tages geschehen, daß der Großteil des Landwirts die Schranken durchbricht, und daß er dann auch zur Selbsthilfe schreitet.“

Gleich dahinter drückt die „Deutsche Tageszeitung“ eine Busschafft ab, in der sich die Worte finden:

„Unterschätzen Sie die Streikarische durch landwirtschaftliche Arbeitgeber heute nicht mehr! Der Streit ist im Marsch!“

Würde die sozialdemokratische Presse in ähnlicher Weise zu einem städtischen Streik Stellung nehmen, so würde die „Deutsche Tageszeitung“ ganz gewiß sagen, sie

### **putzlos zum Streik auf**

und suche sich nur von der Verantwortung für die Folgen seines Verhaltens zu drücken. Die Art, wie das Organ des Bundes der Landwirte die Frage des Agrarstreits behandelt, ist ein verbrecherisches Spiel mit dem Feuer.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die kommenden Monate die schwierigste Periode in der Lebensmittelversorgung darstellen werden, die Deutschland von Kriegsbeginn an durchzumachen hatte. Unsre Vorräte gehen auf die Reize und der Zeitpunkt, an dem wichtige Lebensmittel aus deutschen Beständen nicht mehr verteilt werden können, rückt immer näher. Gelingt es bis dahin, Zufuhren von der Entente zu erhalten, so sind wir gerettet; kommen diese Lieferungen aus dem Ausland nicht zur rechten Zeit, so erfolgt ein Zusammenbruch mit Begleiterscheinungen, doch man weißt nur, wie sich auszumalen. Mag die Entwicklung der Dinge sich noch so günstig gestalten, so muß man sich auf die Konsequenzen einstimmen und um entsprechungen glimpflich über die schlimmste Übergangszeit hinwegzukommen.

Anstatt nun die deutsche Landwirtschaft in dieser Zeit, in der der gute Wille aller so überaus vorherrscht, zur pflichtsamen Ablieferung und fähigen Mitarbeit anzuregen, halten es die Führer der Landwirtschaft für richtig, die in der Landwirtschaft

### **reichlich vorhandene Unlust**

noch zu vermehren und damit die Katastrophen in der Ernährung fröhlich heranzubehören. Die gewissenlose Hebe, wie sie von Kriegsbeginn an in der deutschen Landwirtschaftspresse, vor allem in der „Deutschen Tageszeitung“ gegen die Zwangswirtschaft betrieben wurde, ist zum guten Teile schuld daran, wenn die Landwirtschaft frühzeitig nur lässig absieferte, zum Teil sogar direkt widerrechtlich die Maßnahmen des Kriegsernährungsamts föchte. Die Oldenburg, Dr. Roeske, Graf Edlerin-Löwitz u. a. m. haben bei unzähligen Gelegenheiten die deutschen Landwirte gegen die Kriegswirtschaft fäuri gemacht. Die Führer der Agrarier und die agrarischen Organe sind es vor allem gewesen, die auf dem Lande die Demoralisation erzeugt und genährt haben. Der umfangreiche Schleichhandel, das Verfüllen von Brotdreiecken, mangelhafte Ablieferung der Erzeugnisse und infolgedessen schlechte Ernährung in den Städten und damit Hass und Eritterung der Stadtbewohner gegen das freie Land sind zurückzuführen auf die wütige Agitation und gewissenlose Hebe derjenigen, die das materielle Interesse der Landwirte immer wieder zu weichen suchten und damit gegen die Befordernungen der Kriegswirtschaft Sturm ließen. Der Streit, den Oldenburg-Sauvage jetzt auf der Bundesversammlung für Preußisch-Pommern offen droht, ist am sich nichts Neues. Die Berliner Presse hat während des Krieges viele Hunderte von Beispielen genannt, in denen offenkundiger Widerstand als Zeilstreit der Lebensmittelzugehörer bezeichnet werden konnte.

Das gesamte deutsche Volk hat während des Krieges die Blockade durch die Entente und damit die Hungersnot der Franken, Kinder und Greise als brutal und rücksichtslos verurteilt. Auch die agrarische Presse hat in zahlreichen Artikeln das unmenschliche und aller Mutter hochsprechende, völkerrechtswidrige Verhalten der Engländer und ihrer Verbündeten gebrandmarkt. Jetzt halten es dieselben Kreise für richtig, die Situation des ausgehungernden und vereidendeten deutschen Volkes noch weiter zu verschlechtern, indem man den Landwirten einen Streit

nabelegt.

Die deutsche Landwirtschaft hat während des Krieges das Wahlrecht der bürgerlichen Regierung und ihrer Dame in keiner Weise gefunden. Keine Arbeitsgruppe,

abgesehen von den Kriegsliederanten anderer Art, hat während des Krieges materiell so gut abgeschnitten, wie die Erzeuger von Lebensmitteln. Auch offizielle Vertreter der Landwirtschaft geben zu, daß man auf dem Lande heute im Galde schwimmt. Selbst dann, wenn man anerkennen will, daß die Leistungen der Landwirte an sich für das deutsche Volk während des Krieges wichtig und wertvoll waren, so muß doch gleichzeitig jedermann zugeben, daß die Landwirte dabei außerordentlich gut abgeschnitten haben und recht gut bezahlt wurden.

Wenn trotzdem die deutsche Landwirtschaft nunmehr die Dinge auf die Spitze treiben will, so wird sie das ganze Volk gegen sich haben: Oldenburg und seine Freunde brauchen nur im gleichen Tone wiederzuschreien, um die bisher unentigten und sich befriedenden Arbeiter in einer geschlossenen Front zu sammeln gegen das agrarische Junkertum, das anscheinend durch den Krieg nichts gelernt hat. Die Revolution ist bisher mit den preußischen Funktionen verhältnismäßig schon end umgegangen. Wenn es Oldenburg gelingt, auf diesem Gebiet eine Niederlage zu erzielen, er ist auf dem richtigen Wege.

## **Die Nahrungsmittelnot.**

Der Vertreter der deutschen Regierung übernahm in der Waffenstillstandscommission eine Note an die Alliierten, worin die innere Lage Deutschlands geschildert wird. Der Schluß der Note lautet:

„Das Aufladen der Regierung hat durch die entschlossene und verständnisvolle Haltung zwar sehr gewonnen, aber alle erreungen Erfolge müssen trotzdem Scheiterfolge bleiben, wenn nicht in allerhöchster Zeit der Arbeiterschaft eine wenn auch nur leichte Verbesserung der Ernährungsverhältnisse geboten werden kann. Gerade bei der großen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen unbefrachteten freien Zeit ist die Nahrungsmittelnot eine Katastrophe. Nur Arbeitsbeschaffung, also Rohstoffe und zusätzliche Ernährung, können der arbeitenden Bevölkerung endgültige Rettung bringen.“

Der englische Nahrungsmittelkontrolleur hat in einer Mitteilung an die französische Presse gesagt, daß im allgemeinen kein Mangel an Nahrungsmitteln in der Welt bestünde, außer etwa an Milchprodukten. In Frage käme allein Mangel an Schiffsräumen. Aus Berichten englischer Vertreter in Deutschland sei ersichtlich, daß sich das deutsche Volk in einem Zustand, der an Hungersnot grenzt, befindet. Es könnte nicht begreifen, wie das deutsche Volk sich so lange halten könnte, wie es der Fall ist. Es müßten Schritte unternommen werden, um die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland zu erleichtern, damit das deutsche Volk wieder gesunde.

Im Zusammenhang mit der Frage der Aufhebung der Blockade sagt der Lebensmittelkontrolleur, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß verschiedene europäische Regierungen große Vorräte an Nahrungsmitteln aufgehäuft hätten. Das Los der armen Leute in den notleidenden Ländern sei entschädiglich. Sicher Deutschland, noch die andern betroffenen Länder, kann die Nahrungsmittel zu bezahlen, ebenso wie sie führt, das ausgehende Sofortmaßnahmen getroffen werden und.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ meint, daß bei der Begegnung der Waffenstillstandscommission die assizierten Regierungen neuerlich ihre Absicht zu erkennen geben werden, Deutschland Nahrungsmittel zu senden, und daß die Quantitäten, die sie zu liefern beabsichtigen, aus 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett monatlich bis 1. September bestehen werde. Das würde also pro Monat 4½ Kilo Getreide und ein Kilo Fett pro Kopf der Bevölkerung ausmachen. — Die Bezahlung dieser Vorräte soll durch Schiffsraum, Kredite in neutralen Ländern, Verkauf von ausländischen Werten und des Eigentums im Ausland sowie durch Gold erfolgen. Die deutsche Kaufkraftsflotte soll den Assizierten ohne irgendwelche Beschränkung übergeben werden.

## **Soll der Bucher weiterblühen?**

Die großen Heeresbestände an Wein sollen jetzt durch die Weinhandelsgesellschaft dem freien Verkauf zugänglich gemacht werden. Das erfolgt in der Weise, daß Mindestmengen von 200 Hektolitern oder 10 000 Flaschen zu Preisen abgepreist werden, die nach Bezugnahme durch Sachverständige vom Reichsverwertungsamt festgesetzt werden.

Mit andern Worten: die Heeresware wird Großhändlern zu mäßigen Preisen überlassen, die können dann durch geschickte Weiterveräußerung dafür sorgen, daß die augenscheinlich gepflegten Bucherpreise im Einzelverkauf nicht unterboten werden. Trotz aller jünglichen Gründe, die das Reichsverwertungsamt für seine Handhabung aufführt, müssen diese Praktiken auf das entchiedenste zurückgewiesen werden.

Es fehlt an Wein für Kranken. Diese dem Bucher preiszugeben, wie das bis jetzt der Fall ist, ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Ebenso wenig kann es bei dem heutigen Stande der Dinge entschuldigt werden, wenn das Reich zur Benachteiligung des Büchstums dem Weinbuchen direkt die Hand reicht. Aus diesen Gründen sollte schlemig dringende Abhilfe geschafft werden, ehe es zu spät ist und der Wein durch Kommissionen, Apotheken und Gewerbeschäften unmittelbar dem Bevölkerung zu einem festgesetzten Höchstpreis angeboten wird. Der „freie Handel“ wird in diesen Zeiten der Rot oft zu einem Hemdsärmel für jede gerechte Entwicklung.

## **Noch immer das alte Lied.**

Dem „Borwärts“ wird gejubelt:

„Am 10. Februar d. J. gab die Reichs-Metall-Industrie-Fabrik A.-G. bekannt, daß sie ihren Aktienkarten für das bestossene Geschäftsjahr 25 Prozent Dividende, also 250 Mark pro Aktie von 1000 Mark und außerdem einen Bonus von 500 Mark Kriegsanleihe, also gleich 50 Prozent Dividende aus in früheren Jahren geplante Rücklagen zur Ausfüllung bringen würde.“

Die Aktienäre, die bei dieser Gesellschaft fiduciär Großkapitalien und Bußen sein werden, erhalten also 75 Prozent

Dividende für das Geschäftsjahr 1918, das Jahr, in dem der Krieg verlorenging und der Zusammenbruch Deutschlands erfolgte.

Am 27. Februar wurde in der Presse die Fusion der Schuhfabrik Brauer mit der Pfefferberg-Brauerei angekündigt. Die Aktien der Pfefferberg-Brauerei erhielten für 4000 Mark ihrer Aktien 8000 Mark neue Schultheiss-Aktien, so daß nominal für 2,8 Millionen Mark Pfefferberg-Aktien 2,1 Millionen Mark Schultheiss-Aktien gegeben werden.

Nicht steuerpflichtiger Buchgewinn mitin 700 000 Mark.

Am 27. Februar d. J. wurde in der Presse über den Verlauf der Generalversammlung der Rhein-Möbelstoffweber A.-G. berichtet. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft hat die von ihm beherrschte Generalversammlung beschließen lassen:

1. An Stelle der bisher dem Aufsichtsrat zustehenden 10 Prozent Lantions vom Bruttogewinn werden an den Aufsichtsrat für jedes Mitglied eine feste Vergütung von 6000 Mark, an den Vorständen, den Präsidenten der Versammlung, 12 000 Mark bezahlt.

Zweit dieses Beschlusses: Umgehung der 20 Prozent befragenden Lantionssteuer und Sicherstellung der Lantionsbezüge gegenüber Arbeiterschaften (siehe unten S.).

2. Die Gesellschaft übernimmt 560 Aktien eines nicht einmal genannten Textilunternehmens (auftaucht also die Ratte im Sack) zu einem Kurs von 880 Prozent, also zum Gesamtbetrag von 2 061 000 Mark von einem ungenannten Konsortium, dem der Aufsichtsratsvorsitzende sicherlich sehr nahe steht, wahrscheinlich ist er mit diesem in irgendeiner Form überhaupt identisch.

Gewinn bei dieser Transaktion für die Präsidenten wehrhaftlich 1½ Millionen Mark.

3. Um die Welt zu blenden, hat dann die Generalversammlung noch den Beschluß gefaßt: Der nach Verteilung von 4 Prozent Dividende verbleibende Nettoertrag wird zwischen Arbeiterschaft und Aktionären geteilt.

Ein Blinder, denn die unter 1 und 2 dem Unternehmen aufgebürdeten Belastungen werden Abschreibungen notwendig machen, die Gewinne und Dividenden nicht mehr gestatten werden. Am gleichen Tage, 27. Februar d. J., wurde mitgeteilt, daß die Burbacher Hütte dem Schweizer Bergwerksverein in sich aufzunehmen beabsichtige. Da zwischen beiden Unternehmungen bereits eine Interessengemeinschaft besteht, so ist das Gerücht sehr wahrscheinlich. Einzelheiten der Verschmelzung sind noch nicht bekannt.

Sicher ist aber ein Millionengewinn — und die bedauerliche Tatsache, daß ein deutsches Bergwerk in luxemburgischen (französischen) Besitz gerät, daß also deutsche Kohle dem deutschen Volke verloren geht.

Am 1. März d. J. berichtet die Waggonfabrik A.-G. vom Busch in Bautzen, daß sie aus der letzten Kapitalerhöhung einen Betrag von 589 998 Mark dem Reservefonds zugeführt hat.

Nicht steuerpflichtiger Großkapitalgewinn rund 590 000 M.

Diese Beispiele lassen sich fortlaufend und in jeder Weise vermehren, wobei besonders bezeichnend ist, daß trotz der schlechten und unklaren Wirtschaftslage die Geschäfte dieser Art, die in normalen Zeiten sich beträchtlich hausen, an der Tagesordnung sind.

Der finanziellen Kriegsführung sind Milliarden entgangen. Der Sozialisierung der Betriebe im Sinne einer Beteiligung der Arbeiterschaft am Bruttogewinn wird vorgebeugt.

## **Notizen.**

folgendes Prothes in Mannheim. Die Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens meldet, daß infolge des Putzversuchs vom 22. Februar der französische Abschiffungscommandant die Einholung der auf dem Schiff aufgezogenen roten Fahne, restlose Waffeneinziehung und Wiedereinbringung der befreiten Gefangenen und gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die Auflösung der Arbeiterkette in der neutralen Zone verlangt hat, die von der belgischen vorläufigen Volksregierung nun in die Wege geleitet werden muß.

Krawalle in Oberschlesien. Zu Krawallen aus Anlaß der verweigerten Viehhilfereliefung kam es in Klein-Schlesien; als der Oberaufseßer in Begleitung eines verstärkten Militärcommandos in den Ort kam, wurde die Feuergruppe geläutet, die Einwohner witterten sich zusammen, die Viehställe wurden abgeschlossen, um mit Gewalt die Viehgrafe zu verhindern. Zu ähnlichen Ausschreitungen kam es in mehreren anderen Orten, so auch in der Gegend von Oppeln, wo durch Militärcommandos über 80 Mann gewaltsame Viehrequisitionen vorgenommen wurden, um die Städte mit Vieh versorgen zu können.

Scheidemann und das Standrecht. Die P. P. R. schreiben: Es ist mehrfach behauptet worden, der Reichsministerpräsident habe seine Zustimmung zur Verhängung des Standrechts über Berlin erst unter dem Druck eines Ultimatums gegeben. Diese Nachricht ist schon darum ungut, weil Scheidemann in dieser rein militärischen und nur von den preußischen Landesbehörden zu entscheidenden Angelegenheit nicht zu befragen war und auch nicht befragt worden ist.

Die sozialdemokratische Preußenaktion wählt zu Vorsitzenden: Groß-Frankfurt und Siersburg-Berlin, zum Sekretär Helle-Berlin. Weiter gehören dem Vorstand an die Abg. Bartels-Berlin (Parteivorstand), Scholz-Breslau, Börgel-Böhl und Frau Kahler-Berlin. Zum Präsidenten der Landesversammlung wird von der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Beinert vorgeschlagen.

Bon den Landtagen. Wie die „Münchner Neuesten Nachrichten“ melden, tritt der bayerische Landtag endgültig am Montag den 17. März zusammen. — Die oldenburgische Landesversammlung ist zum 20. März einzuberufen worden.

Aus dem Zentralrat. Der Zentralrat hat sich in verschiedenen Sitzungen mit der politischen Lage beschäftigt und den Beschluß gefaßt, der Reichsregierung in einer Verhandlung das vom ständig auftretende zahlreiche Material vorzutragen, das deutlich die Unhaltbarkeit der jeglichen Zusatze dornt. Das Eintragen von Regierungstruppen in die Volksversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 12. März stand im Zentralrat entschiedene Verurteilung, und es wurde bedauert, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, die Mitteilung ohne ein einziges Wort des Kommentars gebracht hat.

Verhöldnung der Bundesstaaten. Auch Preuß' ältere Linie, das bisher ohne Schulden war, muß jetzt eine Anleihe aufnehmen. Ein Finanzkonsortium, dem auch das hiesige Bankhaus Friedrich Albert gehört, übernimmt — vorbehaltlich der Genehmigung des Landtags — 6 000 000 Mark Raus' ältere Linie 4½% Staatsanleihe, die ab 1920 mit 1% jährlich durch Auslösung zur Tilgung gelangt. Der Verlauf findet zum Kurs von 98,25% statt. Die Lieferung von Zinsen ist erfolgt baldmöglichst.















# Zum Umzug!

## Künstler-Gardinen

in Spachtel und getupftem Mull, mit vielen Einsätzen  
Fenster 172.00 145.00

129.00

Scheuerbüsten . . . . . Stück 68,  
Scheuertücher . . . . . Stück 1.95  
Scheuerpulver . . . . . Blitzblank" 5 Pakete 40,  
Schrubber . . . . . Stück 2.95

## Stores

in Spachtel, mit reichen Einsätzen . . . . .

89.50

Portieren-Garnituren a. Metall, kompl. 11.50  
Zug-Einrichtungen, verstellbar Stück 1.65  
Scheibengardinen-Stangen  
verstellbar . . . . . Stück 55,-  
Gardinen-Stangen braun . . . . . Stück 2.65  
Stoffklammern, Messing . . . . . Stück 22,-  
Trittleitern . . . . . Stück 8.50  
Ausklapfer . . . . . Stück 1.95  
Stubenbesen . . . . . Stück 5.65  
Handfeger mit langem Stiel . . . . . Stück 2.55  
Klopfpeitschen mit 6 Riemeln Stück 98,-  
Handfeger . . . . . Stück 2.45  
Kleiderbüsten . . . . . Stück 1.85-1.25  
Wichsbürsten . . . . . Stück 68,-  
TB-Sicherheitsketten . . . . . Stück 1.85  
Türpuffer . . . . . Stück 48,-  
Waschtische . . . . . Stück 12.95  
Waschständer . . . . . Stück 4.50  
Waschgarnituren, 5-teilig . . . . . 13.50  
Wasserkannen . . . . . Stück 95,-

Elmer, verzinkt . . . . . Stück 8.25  
Waschbretter . . . . . Stück 4.95  
Klammer . . . . . Schock 1.35  
Fußmatten . . . . . Stück 1.95  
Spiegel mit Holzrahmen . . . . . Stück 1.25  
Fußbänke . . . . . Stück 2.45  
Handtuchhalter . . . . . Stück 1.85  
Briefkasten . . . . . Stück 2.25  
Schmirgelpapier . . . . . Bogen 18,-  
Hardscheurer . . . . . Stück 88,-  
Ofenglanzwickse . . . . . Dose 25,-  
Putzpomade . . . . . Dose 35,-  
Bohnermasse, weiß, u. gelb Pfd.-Dose 6.50  
Lederenschwämme . . . . . Stück 1.60

Ohne Marken!  
Waschpulver „Edelsalz“  
3 Pakete à 1/2 Pfund zusammen 85,-  
Waschpulver, bestes Reinigungsmittel . . . . . Pfundpaket 25,-  
Schmierwaschmittel Fixrain . Pfund 80,-

## Halbstores

aus Spachtel, Tüll und getupftem Mull, mit vielen Einsätzen  
83.50 68.50

39.50

## Gardinen-Kanten

aus Tüll, Spachtel oder Mull . . . . . Meter 9.50 7.50

6.95

## Läuferstoffe

ca. 70 cm breit  
Meter 7.50

ca. 80 cm breit  
Meter

8.50

## Dekorationsstoffe

in verschiedenen Mustern . . . . . Meter

7.95

## Leiterwagen in grosser Auswahl



293

## Gesundheitsschutz



im besten Sinne des Begriffs ist die  
Behandlung mit dem erprobten  
Wohlwollenden elektrogalvanischen Heilapparat  
besser der elektrische Strom wird dem Körper in einer  
Weise gegeben, dass Krankheiten nicht ankommen  
und vorhandene Leiden allerlei Art beseitigt  
werden. Dessen haben sich bis heute

### 10000 Familien

berzeugt. Sie können auch,  
wenn Sie sich Deutschen  
immer lassen über den  
Apparat ohne jeden  
Rücksichtnahme be-  
stätigen.

298

Gesundheitsschutz der Wohlwollenden elektrisch  
galvanischen Heilapparate  
**Hermann Grünke**, Magdeburg, Breiteweg 215.  
Täglichige Vertreter und Hilfe Mitarbeiter gesucht

Sie mögen bitten, vor Vergebung Ihrer Auf-  
träge unsere Kommissionen aufzufordern einzuhören.  
Sie führen elektrische Anlagen jeder Art sofort aus und leicht  
für schnellen Auslieferung 3 Minuten Garantie.  
Sie bereichern Ihnen die wichtigsten Preise, die unter den  
heutigen Zeiten für eine aus erstaunlichem Material her-  
gestellte, indellose Anlage gezeichnet werden können.  
Sie bitten, bei Bedarf nach Preise über Bekleidungsgegenstände,  
Zubehör, Hausschuhe und Deckenlampen, elektr. Blätter  
und Zünder einzusehen.  
Sie kommen sofort, wenn Sie 4681 (Grund) rufen oder eine  
Postkarte schreiben. Ihre Anfrage wird schnell, sauber und  
pünktlich unter Garantie beantwortet.  
Wir empfehlen Ihnen, sich unter Adresse und Telephonnummer  
zu wenden, damit Sie im Bedarfsfall uns sofort er-  
reichbar seien.

**Schnabel & Hünze, kleinste Installatoren Gesell.**  
Magdeburg, Breitestraße 2.

**Ein neuer Anzug**  
ist jetzt etwas teuer.  
**Stoffdurchdringmittel „Stoff-Zerst.“**  
(Sparz. angew.)  
**für 3 Mark**

Befreit im 2. Gang und Schnell durch ein  
jedes Kleidungsstück. Stoff nicht angezogen.  
Ganzheitlich in den Drägen- und Zeitengangshöfen.  
Gen. Sitz.: Emil Hellmann, Magdeburg,  
z. Schwanenstraße 11. — Gebrauch 2165. —

## Damen-Hüte

Täglich Eingang von Neuheiten  
für den  
Uebergang und Frühjahr.

## Große Formenauswahl

Garnituren Blumen, Reiher, Bänder,  
Chiffon, Borten, Tüll usw. . . . .  
zu sehr vorteilhaften Preisen.

960

## Ersatz-Linon-Formen

Letzte Neuheiten

Hüte zum Umarbeiten u. Garnieren

erbliche  
frühzeitig

## Rudolf Broetje

Hauptgeschäft: Jakobstraße, Ecke Peterstraße  
Zweiggeschäfte: Buckau — Neustadt — Sudenburg.

## Billiges Möbel-Angebot!

8033 Kaufe  
neue u. alte Nachabsätze  
sonstige Gegenstände aller Art und  
Papier zu höchsten Tagespreisen.  
B. Willdt, Gr. Unterlindr. 4.

## Pelz-Waren

Ich empfehle mein erst-  
klassiges großes Lager  
Skunks, Marder, Nerz,  
Litsi, Blaufuchs, Rot-  
fuchs, Alaskafuchs,  
Nerzmurmel, Kanin  
usw.

In reiner Kürschnar-  
arbeit ab bekannt jah-  
lichen Preisen in ein-  
fachster wie elegan-  
tester Ausführung.

## Pelzkapes

die grosse Mode.

## Pelzhüte

in allen Preislagen.

## Gebrauchte Möbel,

Bettfedern, Gardinen,  
Stores, Portieren, Tapeten,  
Nachlässe, alle Art Wirt-  
schaftsgütern kostet und zahlt  
die höchsten Preise 2016

Horowitz, Tschlerkringstr. 22.  
Portuare genügt, kommt sofort

Gebrauchte Möbel billig

Steideräume u. Bettlos,  
Schniderbüro und Kommo-  
den, Auszüge u. Sofasäcke,  
Waschtoiletten und Stühle,  
Zimmer u. einz. Plüschesessel,  
Zimmer und Bettdecken. 2929  
Möbelkasse Spennemann  
Hohepfortest. 41, a. Böttcherplatz.

Aufmerksamste  
Vornehme Bedienung.

## R. Sternau

Spezial-

Etagengeschäft

Alter Markt 32/33.

## Haushaltswaren

### Günstigste Bezugsquelle

Rentabell

Wolle, Textilien usw.

sofort zu höchsten Preisen

z. Märkten, W. -Bazar,

Martinstr. 19. Berl. 22

Vertrieb 5998. 2770

Altmetalle

Gold, Silber, Zinn, Blei, Kupfer,

Aluminium, Zinn usw. zu

höchsten Preisen z. Märkten

z. Märkten, Marktstr. 19.

Vertrieb 5998. 2770

Auchhisiger

Reichenberger Str. 22

Vertrieb 5998. 2770

Schallers Weinhandlung

Gr. Münzstraße 11.

Vertrieb 5998. 2770

für sämtliche Schuhmacher-Gedächtnisse

sowie la. Schuhcreme, schwarz u. braun,

alte Schuhcreme in Pako u. Eisen-

gar, Schuhreiniger, Klebstoffe, Schwarze,

Schuhcreme u. Schuhcreme

z. Märkten, W. -Bazar,

Martinstr. 19. Berl. 22

Vertrieb 5998. 2770

Altmetallfreier Punsch

in bekannter Qualität, inf. Sternau pro Liter 3.50 Pf.

Gläserchen mitgebringen.

August Leis Nachfl.

Gr. Münzstraße 11.

Vertrieb 5998. 2770